

# Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

Nr. 477.

Halle, Sonnabend, den 11. Oktober.

1919.

## Die Friedensverträge vor dem Senat.

### Frankreichs Furcht vor dem deutschen Einheitsstaat. — Freilassung der deutschen Zivilinternierten in Frankreich.

#### Erörterung der Friedensverträge im Senat.

Paris, 10. Oktober. (Sonntags.) Der Senat trat gestern in die Erörterung der Friedensverträge ein. Bourgeois als Berichterstatter lasste unter anderem die Steuerfrage der Deutschen bitten nicht nur denjenigen der Angehörigen der alliierten Länder gleichgestellt werden, sondern müssen höher als diese sein. Die zur Entlassung Deutschlands vorgeschlagenen Maßnahmen müssten sofort in die Tat umgesetzt werden. Clemenceau rief dazu: „Es befinden sich hundert französische Offiziere in Berlin, um darüber zu wachen.“ Bourgeois führte dann weiter aus, dass die Alliiertenverträge mit England und Amerika für Frankreich Garantien ersten Ranges gegen spätere deutsche Überfälle seien. Ich hoffe, fährt der Redner fort, daß sich binnen kurzem auch Spanien uns anschließen wird. Die Zeit ist gekommen, um uns mit unseren Verbündeten über ein Vorgehen in Rußland ins Einvernehmen zu setzen. Es besteht für uns die Pflicht, das Eindringen Deutschlands in Rußland zu verhindern.

Der Antrag der Rede wird beschlossen, nachdem noch La Martinielle sein Bedauern ausgedrückt hat, daß der Vertrag ein unbedeutliches Deutschland lasse. Fortsetzung Freitag.

#### Heimkehr der deutschen Internierten aus Frankreich.

Paris, 10. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die Heimkehrstrafstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Laut Nachricht vom französischen Militärkommando in Neußgen an das polnische Departement in Berlin ist die Freilassung der deutschen Zivilinternierten in Frankreich beschlossen. Der Heimtransport beginnt in einigen Tagen.

#### Frankreich verzichtet auf deutsche Dampfschiffe.

Paris, 10. Oktober. Die interalliierte Waffenstillstandskommission in Wiesbaden hatte im September für die französische Regierung eine größere Anzahl deutscher Dampfschiffe verlangt. Nachdem diesen Verlangen deutscher Seemannschaften entgegen worden war, entließen auf der Generalisten-Schiedsgericht. Jetzt erwidert der Vertreter der deutschen Waffenstillstandskommission in Wiesbaden auf wiederholte Verordnungen von dem heutigen französischen Vertreter für die Wiederherstellung landwirtschaftlicher Maschinen den Beschluß, daß die französische Regierung vorübergehend die Regelung der Frage der Hinzuweisung deutscher Arbeitskräfte zum Wiederaufbau von Frankreich von der Verfügung deutscher Dampfschiffe absehen müsse. Der französische Vertreter gab hierbei eine Erklärung ab, wonach die französische Regierung die Bereitwilligkeit der deutschen Bevölkerung und das Entgegenkommen der deutschen Regierung wärmstens anerkennt und durch die Absicht erfindenden Schwierigkeiten aufrichtig beunruhigt.

#### Italiens Lage ernst.

Rom, 9. Oktober. „Perseveranza“ läßt sich in Ansehung auffallend pessimistische Darstellung aus Rom berichten. Obwohl trotz der von London eingegangenen Beteiligungsnot die Lage Italiens ernst ist. Man könne noch wenig nicht von der Möglichkeit einer Italien befriedigenden Lösung der Frage von Rom sprechen.

#### Der italienische Sozialistenkongress.

Rom, 10. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Wie der „Times“ aus Mailand gemeldet wird, hat der Kongress der sozialistischen Partei in kommunistischen Antrag angenommen, der die Partei auflöst, gewißlich die Zerstückung auf sich zu ziehen und die Diktatur des Proletariats zu errichten. Die Annahme des Antrages war geföhrt, da die Mehrheit der Parteigruppen ihre Delegierten angewiesen hatten, die extreme Gruppe zu unterstützen. Trotz der Zunahme des Antrages hat aber der Kongress sich gegen den Antrag ausgesprochen und beschlossen, den Wahlen fernzubleiben. Eine Anzahl der sozialistischen Führer, unter ihnen Turati, haben sich gegen den Antrag ausgesprochen.

#### Italienisch-deutscher Friedenszustand.

Paris, 10. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Republique“ meldet aus Rom: Mit der Ratifizierung des Friedensvertrages ist ein Dekret des Königs erschienen, das vom 11. Oktober an die Freilassung des Friedenszustandes mit Deutschland ausrichtet.

#### Ein englisches Schulgeschwader kündigt in der Ostsee.

Paris, 10. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Times“ meldet die dauernde Stationierung eines englischen Schulgeschwaders in der Ostsee.

#### Die Memorien des Lord Balfour.

London, 10. Oktober. Laut „Telegraph“ beginnt die „Committee“ mit der Sachprüfung der Memorien von Lord Balfour, die sich auf den Zeitraum von 1908–14 erstrecken. Balfour betrautet über eine Unterredung, die er im Jahre 1907 auf Schloss Balfour in seiner Eigenschaft als Kriegs-

minister mit dem deutschen Kaiser über die Bagdadbahn geschlossen hatte. Der Kaiser fragte, ob England als Grundbesitzer für ein Zusammenarbeiten mit Deutschland wünsche. Balfour erklärte, England wünsche einen Hafen, um Indien gegen die Truppen zu schützen, die eventuell mit der neuen Bahn herangebracht werden könnten. „Ich werde Ihnen diesen Hafen geben“, erklärte der Kaiser. In einer späteren Konferenz in Simons, an der außer dem Kaiser auch die britischen Minister für Krieg und Auswärtige teilnahmen, wurde beschlossen, daß auch Frankreich und Rußland an den Besprechungen über die Bagdadbahn teilnehmen sollen. Der Kaiser gab hierauf Herrn von Söden die Anweisung, mit Söden zusammen die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Einige Wochen später wurden von Berlin aus Besprechungen abgehalten, bei Frankreich und Rußland an den Besprechungen teilnehmen. Infolge dessen kamen diese, um Beziehungen zu Balbano, nicht zustande. Balbano ist der Ansicht, daß das Scheitern der Besprechungen dem Fürsten Bülow zuzurechnen sei.

#### Daderewski in London.

London, 10. Oktober. (Drahtnachricht.) Nach Meldungen aus London ist Daderewski dort eingetroffen, um mit Lord George wichtige Fragen, namentlich die Frage betreffend Dignität, sowie die Frage der Aufstellung des polnischen Heeres für einen Winterkrieg gegen die Bolschewisten zu besprechen.

#### Japans Friedensratifizierung.

Paris, 10. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Daily Mail“ meldet aus Tokio: Der Friedensauschuss des japanischen Parlaments hat einstimmig den Friedensvertrag ratifiziert.

#### Die kettsche Lage in der Türkei.

London, 10. Oktober. „Times“ meldet aus Konstantinopel: Die Zusammenziehung des neuen Kabinetts wird allgemein als Pfändert angesehen. Die Anhänger von Mustafa Kemal haben 40 Stimmen von Konstantinopel entfernt. Sie fordern noch umfassender Veränderungen im Kabinet. In gewissen Kreisen ist man der Ansicht, daß die neue Regierung eine Heberagerregierung darstellt. Zu dem Kabinet, das vollständig aus Nationalisten besteht, sind Reich und Tzet Reich als Führer angetreten. „Daily Chronicle“ meldet, daß englische Truppen fast widerstandslos Bursa besetzt haben.

#### Neutrale Autoritäten über die deutsche Milandot.

London, 10. Oktober. Die Professoren Bergmark (Uppsala), Gabeline (Stockholm), Johansson (Stockholm), Tenbelos und Frau Dr. Jacob (Sondra), die Ernährungsverhältnisse in Deutschland kündigt haben, weisen an, nachdrücklich auf den beschleunigten Zustand hin, der eintreten werde, wenn jetzt Maßnahmen an Belgien und Frankreich abgelehrt werden sollten. Der Rückgang der Milchzufuhr in den Städten ist außerordentlich. In Berlin sei die tägliche Milchzufuhr auf 190 000 Liter gegen eine Million Liter im August 1918 zurückgegangen. Es fehle an geeignetem Rindvieh zur Erzielung reichlicher Milchzufuhr. Die Ablieferung von Vieh durch Deutschland würde erneut ein Lob von vielen tausend Kindern bedeuten.

#### Die Kämpfe im Baltikum.

Warschau, 10. Oktober. (Drahtnachricht.) Die Kämpfe der lettischen und russischen Truppen zwischen Witau und Riga dauern an. Es sind keine der deutschen Regierung zuzurechnenden Truppen dabei beteiligt.

Warschau, 10. Oktober. (Drahtnachricht.) Der russische Oberst Birgolic, Kommandeur des 2. russischen freiwilligen Selbstverteidigungsbataillons in Schulen das von seinen Truppen besetzte Gebiet Litauens als russisches Gebiet erklärt. Die litauischen Truppen in Schulen wurden durch Russen entwaffnet, nachdem der litauische Kommandeur und der Bürgermeister am Tage zuvor Schulen verlassen hatten. Deutsche Truppen des noch in Schulen stehenden Freikorps von Diebitz sind an den obigen Vorgängen unbeteiligt.

#### Die Unruhen in Saarbrücken.

Saarbrücken, 10. Oktober. (Drahtnachricht.) Verhaftete Elemente verhaften am 10. September abends unter Anwendung des Metallarbeiterkreises Unruhen herbeizuführen. Eine Gruppe schloß ein geführter Reute mit Heroldern besetzt auf dem Zentralfriedhof an. Eine andere Bande organisierte die Währungsreform von Uden, insbesondere Lebensmittelkarten. Französische Truppen rückten die Ruhe wieder her, wobei ein französischer Soldat getötet wurde. Ein neuer Versuch, Unruhen zu stiften, scheiterte. Am 8. Oktober nahm der größte Teil der Arbeiter die Arbeit wieder auf, um nicht den Anschein zu erwecken, als ob sie mit den Auslandsdeutschen gemeinsame Sache machen. Das Kriegsgericht verurteilte einen von den Auslandsdeutschen zum Tode und acht zu 20 Jahren Zuchthaus.

#### Die Hoffnung auf die antisemitische Welle.

Auf dem Wege zum 10. in Berlin abgehaltenen ersten Parteitag der deutschen nationalsozialistischen Partei machte sich, wie bekannt, eine sehr starke antisemitische Stimmung geltend; trotzdem gelang es dem Parteivorstande, und insbesondere dem Vorsitzenden der Partei, Staatsminister a. D. Heugart, durchzuführen, daß in der Entscheidung, die zur Judenfrage auf besondere Empfehlung des Abgeordneten v. Kardorff hin angenommen wurde, das Wort „Jude“ mit keiner Silbe erwähnt wurde. Der Beschluß lautete wörtlich:

„Die deutschnationale Volkspartei steht auf dem Boden des deutschen Volkstums und hält es für Recht und Pflicht, dieses mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck zu bringen. Sie macht deshalb Front gegen den von jüdischen, zersetzenden Geist, der sich zum Verderben unseres Volkes seit Jahrzehnten immer härter geltend macht. Sie erhebt Einspruch dagegen, daß völkerverfremdende Elemente die Führung an sich reißen und unseren Staat dem Untergang entgegenführen. Wer ehrlich an der Wiederaufrichtung Deutschlands mitarbeiten will, ist der Partei willkommen; aber die Vorbereitung für solche Mitarbeit ist das Bekenntnis zu deutscher Denkwürdigkeit und deutschem Empfinden.“

Trotz dieser Fassung mit der strengen Vermeidung des Wortes „Jude“ deutete sich der Beschluß doch vollkommen mit dem alten Insozialprogramm der Deutschnationalen von 1892, das betonte: „Wir bekämpfen den jüdischen Völkerverfremdenden und zersetzenden jüdischen Geist in allen seinen Erscheinungsformen. Wir verlangen für das deutsche Volk eine christliche Orientierung und christliche Lehrer für deutsche Schulen.“ Es war ohne weiteres klar, daß sich der Beschluß des Berliner Parteitagestages der Deutschnationalen ausschließlich gegen die Juden richtete; die Mehrheit hielt es aber damals aus taktischen Gründen für unangebracht, das Wort „Jude“ darin zu verwenden. Jetzt aber läßt man in der deutschnationalen Volkspartei die Worte jüdisch. Am dem 23. September in Breslau abgehaltenen Parteitag der deutschnationalen Volkspartei für Mitteldeutschland, an dem auch der Parteivorstande Herrgott teilnahm, wurde gemäß dem am 1. August auf dem Parteitag des Landesverbandes abgehaltenen Entschlußes zur Judenfrage ein Beschluß gefaßt, der sich Wort für Wort, vom Anfang bis zum Ende, mit dem von dem Reichsausschuss angenommenen Antrag deckt, der aber diesem gegenüber in dem zweiten Satz hinter den Worten: „Sie macht deshalb Front gegen den jüdischen, zersetzenden Geist“ den Zusatz enthält: „insbesondere den zersetzenden Geist des Judentums“. Es darf wohl keinem Zweifel unterliegen, daß der nächste allgemeine Parteitag der D. N. A. sich diesen Zusatz zu eigen machen wird, so daß also in Kürze das Programm dieser Partei in Bezug auf die Judenfrage auch in der äußeren Form, nicht bloß inhaltlich, mit dem alten Insozialprogramm der Deutschnationalen übereinstimmen wird. Das Plakat dabei ist, daß der mittelschlische Parteitag der D. N. A. seine Entschlüsse zur Judenfrage auf ausdrücklichen Wunsch des Herrn Herrgott gefaßt hat.

Einige Tage danach, am Sonnabend, 27. 9. sprach Herrgott in einer Parteiverammlung in Greifswald. Hier beschloß er sich eingehend mit den bevorstehenden Babylonien und äußerte seine in dieser Hinsicht abgelehnten Erwartungen in folgender Weise: Die antisemitische Welle werden den kommenden Wahlkampf für die Deutschnationalen aber ganz außerordentlich erleichtern.“ Diese Äußerung des deutschnationalen Parteiführers sollen sich alle die, die sie angeht, sehr wohl merken. Es geht aus ihr hervor, daß die Deutschnationalen ihre Hauptstimmungen bezüglich der kommenden Wahlen auf die antisemitische Welle setzen. Sie geben sich daher alle Mühe, und sie werden diese Mühe in Zukunft noch bedeutend verstärken, um diese Welle noch fruchtbarer und tragfähiger, als sie bisher gewesen ist, zu gestalten. Man gebe sich ja keinen Täuschungen hin, daß diese Welle, weil sie allem hoch emporgeschoben worden wäre, überflüssig wäre, und daß man also erwarten könnte, daß sie bald abfließen würde. Wenn sich jetzt die antisemitische Propaganda namentlich in der Reichshauptstadt nicht mehr in einem so gewissen Umfang bemerkbar macht, wie dies vor einigen Monaten der Fall gewesen ist, so liegt dies daran, daß unter dem Belagerungszustand, der gegenwärtig in Berlin noch andauert, eine solche Placataktion besonders Schwierigkeiten begegnet und naturgemäß eine Einschränkung erfahren muß, wenn ihr Schicksal auf die Finger gesehen wird, wie dies jetzt der Fall ist. Auf dem platten Lande, in den mittleren und kleineren Städten tritt die antisemitische Flugschreie dafür um so stärker in die Erscheinung. Es sind nicht die Juden, sondern die Scherz-Industrien allein, die sich der Judenfrage bedienen, um die Schuld an der Kriegsfrage und Kriegserlöserangung sowie an dem unglücklichen Ausgang des Krieges in gänglich ungerichtet.

festester Wille von sich auf die Juden abzuwälzen; es treten jetzt noch die Deutschnationalen hinzu, die mit Hilfe der antimilitärischen Welle für durch die Revolution auf dem Strand gefestigtes Parteistückchen wieder Halt machen wollen. Sie werden daher bei dem großen Einflusse, den sie immer noch leider auf die plattdeutschen Ausländer, alles was in ihren Kräfte hat, tun, um die antimilitärische Hege in die Dörfer und Gutsbezirke zu tragen.

### „Kuriosa.“

Unter dieser Überschrift befaßten wir vor einigen Tagen verschiedene Fragen, darunter auch das Problem der Schaffung einer Einwohnerwehr in Eisenburg. Unsere Ausführungen haben den „Eisenburger Neuesten Nachrichten“ Veranlassung gegeben, sich an den dortigen Magistrat mit einer Anfrage zu wenden, der nach dem genannten Blatt dann geantwortet hat:

„Die Annahme des Artikelredirektors trifft nicht zu, daß es sich um einen kleinen Bezirksrat zwischen Garnison und Stadtverwaltung handelt. In beiden Fällen ist die Staatsregierung mit dem Erlaß beauftragt, eine Einwohnerwehr zu gründen. Der Magistrat und die städtische Finanzverwaltung haben sich nicht eingehend das für und wider der Errichtung einer Einwohnerwehr befaßt und sind einmütig zu der Meinung gekommen, daß die Errichtung einer Einwohnerwehr in Eisenburg überflüssig wäre. Die überwiegende Frage der Eisenburger Arbeiterfrage gehört der unabhängigen Sozialdemokratie an, die nicht hinter der gegenwärtigen Regierung steht und daher nach den Bestimmungen grundsätzlich von der Errichtung der Einwohnerwehr ausgeschlossen ist. Würde unter diesen Umständen eine Einwohnerwehr in Eisenburg an sich schon bei der vorausgesetzlich geringen Zahl ihrer Mitglieder einen entscheidenden Beitrag nicht darstellen können, so ist es von Vertretern der Stadt zweckmäßiger, den Führern der Arbeiterpartei, die verstanden, daß zu einer Verwirklichung seine Realisierung vorliege, Vertrauen entgegen zu bringen, als durch eine Wehr, von der die große Masse der Arbeiter ausgeschlossen wäre, bei dieser unheilvollen Misstrauen zu erzeugen. Das bisherige Verhalten der Eisenburger Arbeiterpartei hat bewiesen, daß sie Vertrauen verdient. Dies sind die Gründe, die Magistrat und Finanzverwaltung dazu bestimmt haben, von der Errichtung einer städtischen Einwohnerwehr abzusehen. Der Standpunkt der städtischen Verwaltung ist dem Generalkommando mitgeteilt worden. Von einem Soldaten hinsichtlich Militär- und Zivilbehörde ist uns nichts bekannt.“

„Von einem Volkstakt ist uns nichts bekannt.“ Punktum. Was ist es denn sonst, wenn der Magistrat die Gründe seiner ablehnenden Haltung dem Garnisonkommando mitteilt und dieses trotzdem an die Gründung einer Einwohnerwehr herantritt, also offenbar von der mangelnden Stichhaltigkeit nicht in Betracht zieht? Die Anstellungen des Magistrats hätten die Angelegenheit doch in seiner Welle. Im Übrigen besitzen wir von Eisenburger Magistrat ein sehr optimistisches und wir wünschen der guten Stadt Eisenburg, daß sich dieser Optimismus eines Tages nicht doch bitter rächt.

### Deutsche Nationalversammlung.

10. Sitzung, 10. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Abgeordneter Bauer.

Präsident Lehmann eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 30 Minuten.

Auf eine Anfrage Dr. Heine (D. Vp.) wegen des bayerischen Verzeichnisses

auch bei den amtlichen und militärischen Ämtern wird regierungslässig genehmigt, daß noch Mängelhaftigkeit so wenig wie möglich beseitigt aufgefunden werden.

Abg. Dr. Mittelmann (D. Vp.) fragt an wegen Erhöhung der Vergütung für Politischen Regierungslässig wird erwidert, daß im Oktober 1910 weitere Mittel dafür eingeleitet seien.

Auf eine Anfrage Schmidhals (Dm.) wegen Befreiung der Werte auf dem Lande mit Holz in genügender Menge zu erträglichen Preisen wird mitgeteilt, daß Reichs- und Landesregierungen alle Bestrebungen unternimmt, den Verkehr damit entgegenzusetzen.

Abg. Baumann (D. Vp.) fragt an, was geschehen solle um den aus den besetzten Gebieten

vertriebenen Deutschen zu Wohnungen zu verhelfen, was beabsichtigt wurde durch den Zustand von Landfremden Ämtern und anderen Behörden, deren Zahl allein in Berlin 75 000 beträgt. Ein Regierungsdirektor antwortet, die Gemeinden können ermächtigt werden, den Abschluß von Mietverträgen für diese Zwecke mit Rücksicht auf die fremden Einmischung der Bezug unmöglich gemacht würde.

Hierauf wird die zweite Beratung des Haushaltes fortgesetzt.

### Politische Besprechung.

Abg. Holz (Str.). Mit dem Regierungsprogramm und den Ausführungen des Reichstags sind wir im wesentlichen einverstanden. Das Zentrum hat sich auf den Boden der Befreiung gestellt und will mitarbeiten am neuen Reich. Den politischen Ministern sollten jedoch durchgehende Mitarbeiter zur Seite stehen. In der Haltung der deutschen Nationalen Versteht sich. Die Regierung hat nach dem Maße ihrer Leistungen Anerkennung und Unterstützung ihrer Autorität verdient. Die Mitarbeit muß wieder eingeführt werden. Die Erörterung der Landesteile über die Entlastung der Zwangswirtschaft ist nicht unbedeutend. Bei der Kontrolle muß die Landwirtschaft selbst herangezogen werden. Der Etatsentwurf darf nicht kommen. Darum müssen wir an der Reichsfinanzreform eifrig mitarbeiten.

Abg. Henke (H. S.). Die Einwohnerwehren verfolgen fast ausschließlich politische Ziele. Das Verbot der „Freiheit“ erst dieses Blatt. Sie sind durch eigene Ansuchen hervorgerufen worden. Daran würde Herr Henke selbst keine Entlastung nehmen müssen. Denn auch diese Begründung ist entzogen. (Anruhe.) Eine

Eingung mit Roste und Eisenscheiben ist unmöglich, aber seine Eingung mit den Arbeitern, die noch hinter ihnen stehen, wird erfolgen. Wenn man die bewaffneten Arbeitervereine und die Einwohnerwehren zusammenbringt, haben wir mehr Soldaten in Deutschland, als es Beispiel behauptet hat. Wenn Roste die letzten Truppen nicht heimplan kann, so ist diese Ohnmacht der Regierung genügend, für die Existenzberechtigung zu nehmen. General von der Goltz ist ein Landesverräter, der monarchistische Intrigue plant.

Reichstagsredner Bauer: Herr Henke soll doch Vorschläge machen, wie wir es im Baltikum machen sollen. Die Regierung ist sehr bereit, sämtliche unabhängigen Abgeordneten in das Baltikum zu entsenden, damit sie dort ihren Einfluß geltend machen. (Beifall.) Das angeführte Wort von Be-

schlimmungen, das Herr Henke gegen Minister Roste anmerkt, überläßt alles nur in diesem Hause üblich ist. Das Ministerium gegen Herrn Henke behaupten alle, auch ich. Der Vorkämpfer hat mit seiner Partei etwas zu tun, alle anderen nicht mit den Unabhängigen. Die Reichswehr beträgt gegenwärtig nicht mehr 400 000 Mann. Die Einwohnerwehren erhalten Waffen nur im Falle der Gefahr ausgestellt. Sie dienen zu Volksgewarden und sorgen für Ruhe und Ordnung. Die geführten gewerkschaftlichen Arbeiter werden der Aufrechterhaltung des Herrn Henke nicht Folge leisten. Ich will keinen Arbeitszwang einführen. Es ist eine Frucht ihrer Politik (nach rechts), wenn im vorigen Winter Arbeiterstreiks und Unruhen vorgekommen sind. Die Revolution ist eine Folge der unglücklichen Verhältnisse des Krieges. (Beifall.) Die Regierung würde ihre Pflicht vernachlässigen, wenn sie nicht mit aller Macht gegen die Bruderverwundung. (Beifall.) Die kommunistischen Hege muß man unerschrocken machen. (Beifall), wenn sie Sabotage und Streit predigen. Auch die Rechte hat hier bei Schuld, indem sie der Regierung die Autorität untergründet. (Sehr richtig links, Beifall.)

Abg. Heine (D. Vp.). Der Angriff des Abgeordneten von Rosthofen auf meine Partei scheint ein Bekundendes gewesen zu sein. Es ist ihre Pflicht, uns zum monarchistischen Gedanken zu bekennen.

Das Volk muß zum monarchistischen Gedanken zurückgeführt werden.

Ist die Majorität dafür, dann wird auch der geeignete Mann da sein. Monarchistische Rufe hören wir ab. Wir sind bereit, mitzuarbeiten an den Aufgaben, die dem deutschen Volke jetzt obliegen. Der wirtschaftliche Aufbau ist das Wichtigste.

Reichsminister Schiffer: Die neuen Ministerien waren in dieser Zeit unbedingt notwendig; besonders der Minister ohne Portefeuille war nötig wegen plötzlich auftauchender neuer Aufgaben und wegen der Vertretungen im Reichsrat. Der Wiederaufbauminister hat ein ungeheures Arbeitsfeld von Aufgaben vor sich. Nebenbei ist die Duldung der Regierung so weit, daß noch eine ganze Reihe von Parteiführern, die der deutschen Volkspartei angehören, in höchsten Ehren und Staatsämtern sind. Es ist ein Verbrechen, in dieser Zeit Parteien aus Nationalgefühl abzusprengen. (Sehr richtig links, Beifall.) Reichsminister Dr. Baum:

Die Monarchie hat das deutsche Volk in das größte Elend gebracht.

(Zuruf und Rufe rechts.) Die Monarchie hat Männer an die Spitze gebracht, deren Unfähigkeit an das Pathologische heranreicht. Der Beweis wird noch dokumentarisch erbracht werden.

Es folgen persönliche Bemerkungen. Der Haushalt des Allgemeinen Pensionsfonds wird erledigt. Hierauf verlegt sich das Haus auf morgen 1 Uhr: Fortsetzung der Etatsberatung. Schluß 6 Uhr.

### Preussische Landesversammlung.

10. Sitzung, 10. Oktober. Präsident Reimer eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

In der Antwortung Keiner Anfragen

teilt die Regierung mit, daß solche Behebungen, die bis Ostern an einem Überzuge zwei Millionen betragen haben, von der Abweisung einer der beiden in Prüfung zur Unterlegung als Volksgeldentwurf befreit sein sollen.

Die

amelle Hauswirtschaftsreform wird bei der Eisenbahnverwaltung fortgesetzt.

Abg. Dr. Seemann (Dm.): Wäre nicht die Revolution gekommen, so wären wir wahrlich nicht über einen großen Teil der Schwierigkeiten hinweg. Unter Eisenbahnpersonal ist bei den jetzigen Verhältnissen viel zu groß. Wenn man den Reize mit der Herabsetzung der eigenen Entlohnung im Jahr großes Defizit und muß dafür neue Entschuldigungsverlangen.

Minister Dejer: Ich besitze es sehr, daß wir benötigt waren, in die Verhältnisse des Osten so stark eingegriffen. Aber die Rücküberforderung der Staatskassen, die Kohlenlieferungen für die Entente, die Beibehaltung des Bewohners der amtierenden Besatzung, die Konzentration der Besatzung, die Förderung der Landarbeit, es bringen. Wir werden leben, ab wir durch Anbringen von Schmelzungen an Personenseite und vielleicht durch Eingehen des einen oder anderen Schnellzuges Entlastungen schaffen können. Die Berliner Städte haben es absehbar Zeit ein notwendiges Programm über die

Erweiterung der geplanten preussischen Reichsbahnnetzes an Bahnen. Viele Arbeiterüber halten unter den jetzigen Umständen die Rückkehr zum Pensions- und Arbeitslohn nur unerschäftig.

Abg. Pries (Soz.): Die Übertragung unserer Bahnen auf das Reich ist der erste Schritt zum Eisenbahnstaat. Das

Einigen Reichsbahn

trägt unentgeltlich große Schuld an dem Zusammenbruch unserer Eisenbahnen. Die Umverteilung müssen zum Wohlstand der Landbevölkerung herangezogen werden. Diese beiden Bedenken sind schon in absehbarer Zeit ein notwendiges Programm über die

Verwaltung muß sich auf die Vorschläge der Gewerkschaften stützen. Der

Wiederbelebung der Arbeiterparteien können wir zu, aber nicht in der Art des alten Systems.

Abg. Kies (Str.): Die Neuordnung der Belohnungen muß mit der Neuordnung der Anwesenheit verbunden sein und baldigst erfolgen.

Abg. Demme (Dem.): Der Minister hat den letzten Willen gezeigt, Schritte ermunternd durchzuführen, und man muß anerkennen, daß auch mannes erreicht ist. Nicht falsch ist in dem Hinblick der Leihung von, sondern der Verletzung und Materialmangel, nicht mehr aber auch der schlechte Zustand der Betriebsanlagen. Das kommende Winterprogramm darf nicht ausfallen, daß die Arbeiter nicht den Wintermonat ausgesetzt werden. Mit der Demokratie muß ein neuer Geist in die Verwaltung einströmen. Der Sozialist muß deutsche Patrioten und werden niemals transponieren. (Beifall.)

Ein Regierungsdirektor erklärt, daß wegen des Abschusses des Landverweises (von Verhandlungen eingeleitet seien. Es geht aber um die Eingangsfrage der Arbeitervereine.

Abg. Goltz (Dm.) erklärt, daß der Abg. Demme nur für seine Person und nicht für die Partei gesprochen habe. Dienstag, 12 Uhr: Fortsetzung, vorder Anwesen.

### Amtentritt des Ministers Koch.

10. Sitzung, 10. Oktober. Der neue Reichsminister des Inneren, Koch, ließ sich heute die Beamten des Ministeriums vorstellen. Minister David war an der Seite Kochs

erfahren und verabschiedete sich in einer Ansprache. In der er die politische Verantwortlichkeit des Reichs im Ministerium darlegte und der Verantwortlichkeit für die treue Mitarbeit dankte. sowie dem Reichsfolger erfolgreiche Tätigkeit zum Wohl des Vaterlandes wünschte.

Unterstaatssekretär Lewald beehrte den neuen Minister namens der Beamenschaft und hob die reichen Erfahrungen des Ministers in seiner bisherigen Tätigkeit als Oberbürgermeister hervor und gab insbesondere dem Wunsch Ausdruck, daß dem neuen Leiter des Reichsministeriums eine Zeit langen segensreichen Wirkens beschieden sein möge.

Minister Koch dankte den beiden Vordemern, würdigte die Tätigkeit und Persönlichkeit seines Vorgängers in warmen Worten und wies auf die schwere Aufgabe hin, die dem deutschen Volke in den kommenden Wintern bevorstehe. Er forderte die Beamenschaft auf, getreu ihrer guten alten Arbeitseinstellung, aber zugleich im Sinne der neuen Zeit an den Aufgaben des Amtes mitzuwirken. Er selbst werde bestrebt sein, zu ihrem besten Bemühen ein gutes und vertrauensvolles Verhältnis herzustellen.

### Frauen als vortragende Räte.

10. Sitzung, 10. Oktober. Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung hat bei der Beratung des Etats des Reichsministeriums den Antrag eines demokratischen Abgeordneten angenommen, daß auch Frauen als Vortragende Räte berufen werden können.

### Koste in Breslau.

10. Sitzung, 10. Oktober. (Drahtnachricht.) Reichsminister Koste ist am Vormittag hier eingetroffen. Nach einer Parade, bei der der Minister an die Gruppen eine Ansprache hielt, besuchte der Minister nachmittags die Ausstellung für Arbeit und Kultur in Oberschlesien.

### Erörner gegen Waldersee.

„Berliner unterirdische Aufständigen.“ Berlin, 10. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Das „Abendblatt“ veröffentlicht einen offenen Brief des Generals Götner an den Generalmajor Grafen Waldersee, jetzt Infanteriechef bei der Reichswehrbrigade 29. Die Veröffentlichung in der Wochenzeitung „Deutsche Aufgaben“ einen Artikel über die Stovencisvorkämpfe 1913, der voller Unrichtigkeiten und Entstellungen ist und die Landung verlegt, wird als Verletzung und Helfer revolutionärer Auftrage herangezogen. Ich erkläre diese Darstellungen als verurteilende Aufständigen. Berlin, 8. Okt., gen. General Götner.

### Erklärungen der streikenden Metallarbeiter Berlins.

Berlin, 10. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Von der Streikleitung der Metallarbeiter Berlins wird mitgeteilt: Die Erklärung der streikenden Metallarbeiter trafen gestern morgen in einer Sitzung zusammen, die einen Hinweis auf den Streik nahm und in der die Streikleitung die Metallindustrie einen hohen Preis unterzogen wurde. Es wurde allgemein der Wunsch zum Ausdruck gebracht, den Streik der Metallarbeiter zu beschleunigen, um ihren Forderungen nachdrücklich Geltung zu geben. Die Absicht der Metallarbeiter liegen sich dabei auf einen Beschluß der Metallindustrie und Geizer, die sich bereit erklären, wenn nötig mit in den Kampf zu treten. Die darauf folgende Sitzung der erweiterten Streikleitung beschloß deshalb, den Kampf zu veranlassen und an den Verhandlungen der Geizer und Metallisten den Fuß zu setzen, mit in den Kampf zu treten. Dieser Beschluß befreit die Kraft und Widerstandskraft der Metallarbeiter. Götner wurde in der Sitzung der Streikleitung das Vorschreiben des Generalkommandos in den Marken einer Kritik unterzogen. In einer Geschäftsbesprechung heißt es: Die Streikleitung sieht in dem Verbot der Streikleitung die Unterwerfung des Metallindustriens und wird eine Kommission zum Zweck der Vermittlung zwischen den Metallindustriens und der Streikleitung beauftragt. Götner wird die Kommission um die Vermittlung zwischen den Metallindustriens und der Streikleitung beauftragt. Götner wird die Kommission um die Vermittlung zwischen den Metallindustriens und der Streikleitung beauftragt.

Wegen findet eine Generalversammlung des Landes der Metallindustriellen statt, in der in erster Linie zu dem Vermittlungsversuch des Reichsministers Schritte Stellung genommen werden soll. Im Metallarbeiterstreik ist im Laufe des heutigen Tages keine Veränderung zu erwarten.

### Abbau des Lazarettwesens.

10. Sitzung, 10. Oktober. Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung teilte Reichsminister Schuler die Frage des Lazarettwesens mit, daß die Reichswehr künftig auf eigene Lazarette verzichte. Das ganze Lazarettwesen sei im langsame Abbau begriffen.

### Rücküberforderung polnischer Oberbefehlshaber.

10. Sitzung, 10. Oktober. Nach Mitteilung der westlichen Presse soll von Frankreich der bevorzugte Militärtransport der letzten deutschen Kriegsangehörigen polnischen Beamten die an Oberbefehlshabern ausgeliefert worden sein. Zusätzlich sind unter dem Abg. Baum a. a. O. veröffentlichten angeblichen polnischen Kriegsangehörigen nennenswert auch deutsche Kriegsangehörigen polnischen Stammes beobachtet worden, die wollefen aus besonderem Entgegenkommen der Entente für Polen schon jetzt abberfordert worden sind, damit sie an der bevorstehenden Abklärung teilnehmen können. Von der deutschen Regierung wird nicht angenommen, daß die Parität bei der Rücküberforderung der Kriegsangehörigen zu wahren.

### Eine ferige Meldung.

10. Sitzung, 10. Oktober. Die getrieben durch die Presse gegangene Nachricht, daß die Freigabe der politischen Gruppen von dem Internationalen ist bereits begonnen, wird die Stellung Oberbefehlshabern seien politische und städtische Militärgruppen unter Aufsicht der Entente vorgehen, wird der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ auf Anfrage bei den zuständigen Stellen als irrig bezeichnet.

### Die fest 270 000 Heimkehrer.

10. Sitzung, 10. Oktober. Die Reichsanstalt für die Kriegswirtschaften teilte mit, die Gesamtzahl der Heimkehrer, die bis zum 9. Oktober in den Durchgangslagern einge-

berichtet werden. Die oben angeführten Zahlen sind nur vorläufige Angaben. Die tatsächliche Zahl der Heimkehrer wird erst nach der endgültigen Feststellung der Heimkehrer bekannt sein. Die oben angeführten Zahlen sind nur vorläufige Angaben. Die tatsächliche Zahl der Heimkehrer wird erst nach der endgültigen Feststellung der Heimkehrer bekannt sein.



Fußballspiel.

Norddeutschland macht Schule.

Die Herren Strafen, die der Norddeutsche Fußballverband...

Es darf uns auch die Strafen ergehen, so kosten wir sie...

Rudersport.

Der holländische Ruderer in Wöllberg hätte morgen, Sonntag...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Reichsverband der deutschen Industrie.

Wahl des endgültigen Vorstandes.

Der Hauptauschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie...

Auf Verlangen des Hauptauschusses werden folgende Sonderaus...

Der Reichsverband der deutschen Industrie bezieht mit Gew...

Börsenstimmungs-Bild.

Berlin, 10. Oktober. Infolge der Verwertungsmöglich...

Devisenkurse.

Berlin, 10. Oktober.

Die amtlichen Notierungen für telegraphisch Ausgegebenen...

Table with exchange rates for various currencies like Dollar, Franc, etc.

Produktvertrieb.

Berlin, 10. Oktober. Bei unveränderten Preisen hält die...

Berlin, 10. Oktober. Am 10. Oktober. Infolgebisher...

Die holländische Rufe für Deutschland. In der letzten Zeit...

Industrieverband. Man schreibt uns: Seitens mehrerer...

Kriegsbeitrag aus Holland. Mit dem 3. d. Mts. ist das...

Die Dynamomischin und Elektromotorenfabrik von Th...

Im Kontext des Mühlensichters Gustav Förder in Rem...

Im Kontext der Bauschiffahrt m. b. H. in Wittenfels...

Geheimnis. Bauschiffahrt in Einzelheit bei Chemnitz...

Versteigerte Gemeinnützige Fabrik. Stätten-Verkauf...

Geheimnis. Gemeinnützige Fabrik. Stätten-Verkauf...

Bank-Aktion. Bank für Sozialwesen, Deutsche Bank, etc.

Schiffahrt-Aktion. Hamburg-Paketakt, Hamburg-Schiffahrt, etc.

Industrie-Aktion. Maschinenbau, Eisenwerk, etc.

Frachtpacht der Dringlichkeitsklasse 1 diesmal die ganz...

Dem Reichsverband der deutschen Industrie ist die...

Dem Reichsverband der deutschen Industrie ist die...

Dem Reichsverband der deutschen Industrie ist die...

Dem Reichsverband der deutschen Industrie ist die...

Berliner Börse vom 10. Oktober 1918.

Large table with market data, including sections for 'Deutsche Werte', 'Ausländ. Werte', 'Eisenbahn-Aktion', 'Bank-Aktion', 'Schiffahrt-Aktion', and 'Industrie-Aktion'.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Selms; für den...